

Atomausstieg - Energiewende - Arbeitsplätze

Gemeinsame Erklärung

Aus Verantwortung gegenüber dem Leben heutiger und zukünftiger Generationen und unserer Mitwelt sowie aus Einsicht in die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels wollen wir, die Unterzeichner der nachstehenden Erklärung,

- der alles Leben bedrohenden Entwicklung im Rahmen unserer Möglichkeiten Einhalt gebieten und
- für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise, die allen Menschen die gleichen Lebenschancen gewährleistet, eintreten.

Zentrale Punkte sind eine ressourcen- und umweltschonende Produktion und ein umweltschonender Verbrauch. Ebenso wichtig sind uns die demokratische Beteiligung und gleiche Mitwirkungsrechte an der Zukunftsgestaltung für alle Menschen. Im Zentrum unseres Blickes stehen dabei die Bedrohungen durch die Nutzung der Atomenergie im zivilen und militärischen Bereich, die Umweltbelastungen sowie die Massenarbeitslosigkeit.

Atomausstieg

Die Erwartungen an die Nutzung der Atomenergie haben sich nicht erfüllt. Vielmehr hat es in der Vergangenheit zahlreiche Fehleinschätzungen gegeben:

- die Atomenergie hat sich als technisch nicht beherrschbar erwiesen,
- die Gefahr von Kernschmelzunfällen wurde unterschätzt,
- der Normalbetrieb hat stellenweise zu Verstrahlungen und Krebserkrankungen geführt,
- die Endlagerung ist nach wie vor völlig ungelöst,
- die Sicherheit von Transport und Zwischenlagerung ist nicht geklärt,
- die Betreiber waren, siehe die jüngsten Skandale, administrativ nicht kontrollierbar,
- es besteht die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomtechnologie zur Waffenherstellung,
- durch den Uranabbau werden Natur und Mensch hochgradig geschädigt
- und die Wirtschaftlichkeit ist nicht gegeben.

Die Atomtechnologie erfordert die absolut sichere Technik und den absolut unfehlbaren Menschen. Weil es beides nicht gibt, ist die Nutzung der Atomenergie unverantwortbar. Tschernobyl und Hiroshima stehen mahnend für das, was Technik und Mensch insgesamt anrichten können.

Wie die erschreckenden Leukämiehäufungen in der Umgebung von Atomanlagen von Sellafield bis Krümmel weltweit zeigen, setzt die Atomenergienutzung bereits im Normalbetrieb gesundheitsschädigende, lebensbedrohliche Schadstoffe frei. Auch kann der Atom Müll nicht sicher gehandhabt werden. Er wird noch in einer Zeit Leben vernichten, die weit länger vor uns liegt als die Zeit, auf die wir als Menschheit zurückblicken können. Deshalb kann es nach unserer Meinung nur noch um die Frage des "Wie", nicht jedoch um das "Ob" eines Atomausstiegs gehen. Die Stilllegung sämtlicher atomarer Anlagen halten wir für unbedingt notwendig.

Wir fordern:

- mit dem Ausstieg aus der Atomenergie sofort nach der Bundestagswahl zu beginnen. Er muß so schnell wie möglich und konsequent umgesetzt werden,
- Änderung der Atomgesetze (Ausstiegsgesetz),
- Senkung der Strahlenschutz-Grenzwerte (Dosisgrenzwerte),
- Stop aller Atomtransporte,
- Exportverbot von Atomtechnik,
- Verbot der Wiederaufbereitung,
- Abrüstung und Ächtung aller Atomwaffen weltweit,
- Beendigung aller Atomwaffenversuche,
- die Energiefragen und die Entsorgungsfragen im Konsens mit der Bevölkerung zu klären,
- die Kosten möglichst nicht aus Steuermitteln sondern durch Nutzung der Rücklagen aufzubringen.
- daß die Bundesregierung sich international dafür einsetzt, daß ein weltweiter Atomausstieg stattfindet,
- und den sofortigen Stop aller Atomtransporte. Die radioaktiven Abfälle sind an den jeweiligen Standorten zu belassen.

Energiewende

Wir wollen den Umbau der jetzigen Energiewirtschaft und eine Energiewende zugunsten dezentraler, regenerativer Energieträger (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Erdwärme). Die Energiewende schafft Arbeitsplätze und sichert den sozialen Frieden

1. hierzulande, weil die kapitalintensive Atomwirtschaft durch arbeitsintensiveres Wirtschaften ersetzt werden kann.

weltweit, denn nur durch sie läßt sich eine Unabhängigkeit vom Erdöl erreichen. Am Beispiel des Golfkrieges läßt sich belegen, wie die Abhängigkeit vom Öl immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen führt. Eine Energiewende hingegen eröffnet die Chance einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Ländern des Nordens und Südens durch neue gleichberechtigte Handelsbeziehungen im Austausch von regenerativen Energien und Technik.

Wir fordern:

- Förderung rationeller Energienutzung (z.B. Verkehr, Energieeinsparung, Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmedämmung)
- Förderung regenerativer Energien
- Markteinführungsprogramme
- Kostendeckende Einspeisevergütung für erneuerbare Energieträger
- Umorientierung in der Forschungspolitik
- gesetzliche Vorrangregelung für regenerative Energien
- Umorientierung in der Subventionspolitik
- langfristigen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger
- die Bundesregierung soll die Rahmenbedingungen schaffen für die Durchsetzung der AGENDA 21-Forderungen auf regionaler und kommunaler Ebene

Alle vorgenannten Punkte unterstützen die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und tragen zu einer Sicherung des Standortes bei.

Steuerreform für Arbeit und Umwelt

Wir wollen eine Steuerreform, die Arbeitsplätze schafft und den Umweltschutz fördert. Sie ist ein wichtiger Hebel, um die Industriegesellschaft zukunftsfähig zu machen. Arbeit soll weniger und Energie höher besteuert werden, um Ressourcen einzusparen. Es soll erreicht werden, daß der Rationalisierungszwang von der Arbeit auf Energie übergeht. Nicht Menschen sondern Kilowattstunden sollen arbeitslos werden.

Verkehrswende

Der Verkehr des Umweltverbundes (Öffentlicher Verkehr, Fahrrad, Fußgänger, ...) darf nicht weiter benachteiligt werden. Statt dessen muß eine vorrangige Förderung erfolgen. Der Anteil des umwelt- und ressourcenschonenden Verkehrs muß deutlich erhöht werden.

Es ist eine Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge und unternehmerischer Verantwortung, ein angemessenes Mobilitätsniveau zu garantieren; die Verkehrsgestaltung muß aber umwelt- und sozialverträglich sein, sonst wird sie zu einer unerträglichen Belastung für Mensch und Natur und zum Bremsklotz für die qualitative wirtschaftliche Entwicklung.

Verkehr der Zukunft sollte in zunehmende Maße ein vernetzter Verkehr sein. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr spielt in einem integrierten Verkehrssystem eine wesentlich größere Rolle als bisher.

Wir fordern:

- eine nachhaltige Innovationsstrategie im gesamten Verkehrssektor sowie verkehrswirtschaftliche Energiestrategien, beginnend mit einer Optimierung herkömmlicher Antriebe bis hin zur Entwicklung neuer Antriebe auf der Basis erneuerbarer Energien. Die Verkehrswende ist aktive Beschäftigungspolitik, die zur Sicherung und Schaffung hochwertiger und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze im Verkehrssektor und in den angrenzenden Industrie- und Dienstleistungsbereichen führt.
- eine Reformierung des Finanzierungssystems für das deutsche Schienennetz. Solange nicht alle Verkehrsträger die von ihnen verursachten Kosten decken, darf den Eisenbahnen nicht weiter die volle Kostendeckung für den Erhalt des Schienennetzes aufgebürdet und gleichzeitig Mineralölsteuer, im Gegensatz zu Flugverkehr und Binnenschifffahrt, abverlangt werden.
- mehr Verkehrsvermeidung und -verlagerung in dem Sinne, daß unsinnige Ferntransporte vermieden und notwendige Wege verkürzt werden.

Schlußbemerkung

Zur Erreichung der oben aufgeführten Ziele ist es sinnvoll und notwendig, die Umweltpolitik auch auf Seiten der Gewerkschaften und der Nichtregierungsorganisationen international zu koordinieren. Hierbei können Organisationsformen wie das "Forum NRO & Gewerkschaften" hilfreich sein.

Die unterzeichnenden Organisationen und Personen erklären, die o.g. Ziele künftig in gemeinsamen Schritten zu verfolgen und streben auch organisatorisch eine engere Zusammenarbeit an.